Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) der Bauch & partners UG

Stand: November 2024

Seite 1 von 5

Bauch & partners UG
Geschäftsführer: Fabian Bauch
Knobelsdorffstraße 39
14059 Berlin Charlottenburg

Handelsregister: HRB 262728 B
Amtsgericht Charlottenburg
info@bauch-partners.de
www.bauch-partners.de

Deutsche Bank
IBAN: DE89 1007 0000 0469 2729 00
BIC: DEUTDE33HAN
Steuernummer: 27/218/50239

§ 1 Geltungsbereich

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für alle Angebote, Verträge und Dienstleistungen der Bauch & partners UG (im Folgenden „Berater“ genannt) gegenüber ihren Kunden (im Folgenden „Kunde“ genannt). Abweichende Bedingungen des Kunden müssen vor Auftragserteilung vorliegen und werden nur anerkannt, wenn der Berater ihnen ausdrücklich schriftlich zustimmt.

§ 2 Vertragsgegenstand

Gegenstand des Vertrages sind Beratungsleistungen in den Bereichen Unternehmensberatung, Strategieentwicklung, Prozessoptimierung, Organisationsentwicklung sowie verwandten Dienstleistungen. Der genaue Leistungsumfang wird im jeweiligen Angebot oder in einem gesonderten Vertrag festgehalten.

§ 3 Zustandekommen des Vertrages

Der Vertrag kommt durch die schriftliche Annahme des Angebots des Beraters durch den Kunden zustande. Der Berater ist an sein Angebot für die Dauer von 14 Tagen ab Angebotsdatum gebunden. Der Kunde kann das Angebot innerhalb dieser Frist annehmen. Entscheidet sich der Kunde nach Ablauf der 14-tägigen Gültigkeitsfrist für eine Angebotsannahme, so kann der Berater der Leistungserbringung zustimmen oder diese ablehnen.

§ 4 Leistungen des Beraters

Der Berater verpflichtet sich, die vereinbarten Leistungen mit der erforderlichen Sorgfalt und Fachkenntnis zu erbringen. Etwaige Abweichungen von dem vereinbarten Leistungsumfang bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Beraters. Zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen ist

der Berater ist berechtigt, Dritte einzuschalten oder mit diesen zu kommunizieren.

§ 5 Vergütung

Die Vergütung für die erbrachten Dienstleistungen wird im Angebot festgelegt und versteht sich zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Rechnungen sind innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt ohne Abzüge zu begleichen. Bei Zahlungsverzug ist der Berater berechtigt, Verzugszinsen in Höhe von 9 Prozentpunkten p.a. über dem jeweiligen Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank zu verlangen. Auf Wunsch des Kunden kann eine Abschlagszahlung vereinbart werden, welche im Angebot festgelegt wird.

§ 6 Pflichten des Kunden

Der Kunde verpflichtet sich, alle erforderlichen Informationen, Daten und Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, um die Durchführung der Beratungsleistungen zu ermöglichen. Sofern dies zur Leistungserbringung notwendig ist, muss der Kunde dem Berater Einblick und Kenntnis von allen geschäftsrelevanten internen und externen Prozessen oder Abläufen geben. Der Kunde ist dafür verantwortlich, dass die bereitgestellten Informationen vollständig und korrekt sind. Kommt der Kunde seinen Mitwirkungspflichten nicht nach, so ist der Berater berechtigt, die Leistungserbringung einzustellen.

§ 7 Vertraulichkeitsvereinbarung

1) Vertrauliche Informationen

Beide Parteien verpflichten sich, sämtliche vertraulichen Informationen, die im Rahmen der Zusammenarbeit erlangt werden, geheim zu halten. Vertrauliche Informationen sind alle Informationen, die als vertraulich gekennzeichnet sind oder die aufgrund ihrer Art

und Weise als vertraulich anzusehen sind, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Geschäftsgeheimnisse, Betriebs- und Produktinformationen, Strategien, Pläne, Daten, Kundeninformationen und jegliche andere Informationen, die im Rahmen der Beratung ausgetauscht werden.

2) Verwendung vertraulicher Informationen

Die Parteien dürfen vertrauliche Informationen nur für die Zwecke des Vertrages verwenden. Eine Weitergabe an Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der anderen Partei zulässig.

3) Sorgfaltspflichten

Die Parteien verpflichten sich, vertrauliche Informationen mit der gleichen Sorgfalt zu behandeln, die sie auch für ihre eigenen vertraulichen Informationen anwenden, mindestens jedoch mit der gebotenen Sorgfalt.

4) Ausnahmen

Die Vertraulichkeitsverpflichtung gilt nicht für Informationen, die:

- zum Zeitpunkt der Offenlegung bereits öffentlich bekannt sind oder später ohne Verstoß gegen diese AGB öffentlich bekannt werden;
- der empfangenden Partei bereits bekannt waren, bevor sie von der anderen Partei erhalten wurden;
- von einem Dritten ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung erhalten wurden;
- aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder behördlicher Anordnungen offengelegt werden müssen. In einem solchen Fall hat die offenlegende Partei die andere Partei unverzüglich zu informieren, um dieser die

Möglichkeit zu geben, rechtliche Schritte zur Verhinderung der Offenlegung einzuleiten.

5) Dauer der Vertraulichkeit

Diese Vertraulichkeitsverpflichtung bleibt auch nach Beendigung des Vertrages für einen Zeitraum von fünf Jahren bestehen.

6) Rückgabe von Informationen

Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses hat die empfangende Partei alle vertraulichen Informationen, die sie von der anderen Partei erhalten hat, unverzüglich zurückzugeben oder auf Wunsch der anderen Partei zu vernichten.

7) Haftung bei Verstoß

Im Falle eines Verstoßes gegen diese Vertraulichkeitsverpflichtung ist die verletzende Partei verpflichtet, der anderen Partei alle Schäden zu ersetzen, die aus diesem Verstoß resultieren.

§ 8 Termine und Fristen

1) Terminvereinbarung

Die Parteien verpflichten sich, die für die Durchführung der Beratungsleistungen erforderlichen Termine rechtzeitig zu vereinbaren. Der Berater wird die Termine in der Regel nach dem Zeitplan des Kunden und der Verfügbarkeit der Berater festlegen.

2) Verbindlichkeit von Terminen

Vereinbarte Termine sind verbindlich. Der Kunde verpflichtet sich, an den vereinbarten Terminen teilzunehmen oder rechtzeitig, mindestens 48 Stunden im Voraus, abzusagen. Im Falle einer verspäteten Absage oder eines Nichterscheinens kann der Berater eine Ausfallgebühr in Höhe von 50 % des für den Termin vereinbarten Honorars verlangen.

3) Terminverschiebung

Sofern ein vereinbarter Termin aus wichtigen Gründen (z.B. Krankheit, höhere Gewalt) nicht eingehalten werden kann, sind die Parteien verpflichtet, den Termin unverzüglich neu zu vereinbaren. Der Berater hat das Recht, einen Ersatztermin innerhalb von 14 Tagen anzubieten.

4) Verzögerungen

Kommt der Kunde seinen Mitwirkungspflichten (z.B. Bereitstellung notwendiger Informationen, Unterlagen oder Zugänge) nicht rechtzeitig nach und führt dies zu Verzögerungen in der Durchführung der Beratungsleistungen, so verlängern sich die vereinbarten Fristen entsprechend. Der Berater ist in einem solchen Fall nicht für die Einhaltung von Fristen verantwortlich.

5) Haftung für Terminverzögerungen

Der Berater haftet nicht für Verzögerungen, die durch Umstände verursacht werden, die außerhalb seines Einflussbereichs liegen, einschließlich, aber nicht beschränkt auf höhere Gewalt, unvorhersehbare Ereignisse oder Versäumnisse des Kunden.

§ 9 Gewährleistung und Mängel

1) Gewährleistungsansprüche

Der Berater gewährleistet, dass die erbrachten Dienstleistungen mit der gebotenen Sorgfalt durchgeführt werden. Eine Gewährleistung für bestimmte Ergebnisse oder den wirtschaftlichen Erfolg der Beratung wird nicht übernommen.

2) Mängelrüge

Der Kunde hat etwaige Mängel der Dienstleistungen unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 14 Tagen nach Erbringung der Leistung schriftlich zu rügen. Unterlässt der Kunde die Mängelrüge innerhalb dieser Frist, gelten die Dienstleistungen als genehmigt und alle Gewährleistungsansprüche sind ausgeschlossen.

3) Nachbesserung

Im Falle einer fristgerecht geltend gemachten Mängelrüge ist der Berater berechtigt, nach seiner Wahl die Mängel durch Nachbesserung oder Ersatzlieferung zu beheben. Der Kunde hat dem Berater die zur Prüfung und Nachbesserung erforderliche Zeit und Gelegenheit zu geben.

4) Haftungsausschluss für Folgeschäden

Der Berater haftet nicht für Schäden, welche dem Kunden durch die Beratungsleistung im Allgemeinen oder durch spezielle Empfehlungen des Beraters verursacht werden. Alle Handlungen des Kunden geschehen auf eigene Haftung.

5) Verjährung

Die Verjährungsfrist für alle Gewährleistungsansprüche beträgt 12 Monate, beginnend mit dem Zeitpunkt der Erbringung der Dienstleistung. Dies gilt nicht für Ansprüche aufgrund von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit, sowie für Ansprüche aus Verletzungen des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

§ 10 Haftung

1) Fahrlässigkeit

Der Berater haftet für Schäden, die auf vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verhalten beruhen. Für einfache Fahrlässigkeit haftet der Berater nur bei Verletzung wesentlicher

Vertragspflichten (Kardinalpflichten). In diesem Fall ist die Haftung des Beraters auf den typischerweise vorhersehbaren Schaden begrenzt.

2) Allgemeine Haftung

Der Berater haftet nicht für Schäden, die auf fehlerhaften oder unvollständigen Informationen des Kunden beruhen, oder für entgangenen Gewinn, Umsatz, Datenverluste, Folgeschäden oder mittelbare Schäden, die dem Kunden oder Dritten entstehen. Die Haftung des Beraters für direkte Schäden ist auf den Betrag begrenzt, den der Kunde für die betreffende Dienstleistung an den Berater gezahlt hat, höchstens jedoch auf einen Betrag von 5.000 Euro. Die Regelungen dieser Haftungsklausel gelten auch zugunsten der Mitarbeiter, Beauftragten und sonstigen Erfüllungsgehilfen des Beraters.

§ 11 Kündigungsrecht

1) Ordentliche Kündigung

Beide Parteien können den Vertrag jederzeit mit einer Frist von 14 Tagen schriftlich kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform und wird mit Zugang bei der anderen Partei wirksam.

2) Außerordentliche Kündigung

Jede Partei ist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn die andere Partei in erheblichem Maße gegen vertragliche Verpflichtungen verstößt und trotz schriftlicher Abmahnung nicht innerhalb einer angemessenen Frist Abhilfe schafft.

3) Rücktrittsrecht

Der Berater ist berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, wenn der Kunde wiederholt seinen Mitwirkungspflichten nicht nachkommt,

unrichtige Informationen liefert oder die vereinbarten Termine nicht einhält.

4) Kündigungs- und Rücktrittsfolgen

Im Falle einer ordentlichen oder außerordentlichen Kündigung oder eines Rücktritts sind alle bis zur Kündigung oder Rücktritt erbrachten Leistungen des Beraters, gemäß der im Angebot vereinbarten Vergütungen, unverzüglich zu begleichen, ohne dass der Kunde Ansprüche auf Schadensersatz oder Rückerstattung hat.

5) Verjährung von Ansprüchen

Ansprüche aus dem Vertragsverhältnis verjähren, sofern nicht gesetzlich anders geregelt, innerhalb von 12 Monaten nach Beendigung des Vertrags.

§ 12 Höhere Gewalt

Im Falle von höherer Gewalt, die die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen unmöglich macht oder erheblich erschwert, sind beide Parteien von ihren Leistungspflichten für die Dauer der Störung befreit. Höhere Gewalt umfasst unter anderem Naturkatastrophen, Krieg, Streik, Krankheit, Aussperrung, behördliche Maßnahmen sowie andere unvorhersehbare Ereignisse.

§ 13 Schlussbestimmungen

Änderungen oder Ergänzungen dieser AGB bedürfen der Schriftform. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstand ist der Sitz des Beraters, sofern der Kunde Kaufmann ist oder keinen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland hat. Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB unwirksam sein, berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen. An die Stelle der unwirksamen Bestimmung tritt die gesetzliche Regelung.